

# Berliner Tageblatt



Nr. 308

und Handels-Zeitung

Freitag, 2. Juli 1926

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Die Folgen des sozialdemokratischen Beschlusses.

Die Auflösung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhindert. — Freude bei den Deutschnationalen. Neue Vorschläge oder Vertagung bis zum Herbst.

### Das Verjagen der Sozialdemokratie

Von Dr. Ernst Feder.

Die verworrene Lage, die das gestrige Rein der Sozialdemokratie geschaffen hat, ist bisher noch nicht geklärt. Soweit sich das Ergebnis der heutigen Vormittagsbesprechungen übersehen läßt, beabsichtigt die Reichsregierung weder zurückzutreten, noch dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags vorzuschlagen. Da die Regierung andererseits die für die Republik lebenswichtige Frage der Auseinandersetzung mit den Fürsten nicht ungelöst lassen kann, scheint sie die Absicht zu haben, entweder nach Ablehnung oder nach Zurückziehung der jetzigen Regierungsvorlage ein neues Gesetz einzubringen, wobei allerdings zunächst noch in Dunkel gehüllt bleibt, welchen Inhalt es haben, welche Mehrheit es finden und zu welchem Zeitpunkt seine Behandlung im Reichstage stattfinden soll.

Im Lager der Deutschnationalen hat der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion unvorhersehene Befriedigung hervorgerufen. Er hat die Verantwortlichkeit vollkommen verschoben. Eine Zustimmung der Sozialdemokratie hätte die Deutschnationalen genötigt, entweder durch Abkommänderung das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit möglich zu machen, oder das Risiko der Reichstagsauflösung zu laufen, die für sie verhängnisvoll hätte werden müssen.

Wie erst heute bekannt geworden ist, hat der Reichsinnenminister Dr. Kütz, gestern Abend vor der sozialdemokratischen Fraktionsführung, im Namen der Reichsregierung an die sozialdemokratische Fraktion noch ein Schreiben gerichtet, das die ausdrückliche Erklärung enthält, die Reichsregierung sei zur Auflösung entschlossen, wenn das Gesetz an dem Widerspruch der Deutschnationalen scheitern sollte. Es war also im Falle einer Zustimmung der Sozialdemokraten ernstlich mit einer Auflösung des Reichstages zu rechnen, die die geschlossene Front der Großen Koalition gegen die Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten zusammengeführt hätte. Dieser Sorge sind die Deutschnationalen jetzt entbunden.

Darüber hinaus hat das sozialdemokratische Rein bei den Deutschnationalen die Erwartung hervorgerufen, daß damit die Möglichkeit einer Verbreiterung der Regierung nach links ausgeschlossen und der Weg für die Wendung nach rechts freigegeben sei. Eine gewisse Bestätigung dieser Auffassung erblicken die Deutschnationalen bereits darin, daß heute vormittag in der Zollfrage eine Verständigung zwischen sämtlichen nichtsozialistischen Parteien unter Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge gelungen ist.

In der Tat liegt in dieser allgemeinen Situation, nicht in der Spezialfrage der Fürstenabfindung, die Gefahr, die der gestrige verfehlte Beschluß der Sozialdemokraten hervorgerufen hat. Zweifellos wies das Fürstenkompromiß schwere Mängel auf, wie auch hier nachgeholt worden ist. Doch in der zweiten Lesung wurden diese Mängel nur zum Teil beseitigt. Es ist vollkommen richtig, daß das Gesetz auch in seiner jetzigen Form nicht dem wirklichen Willen der Volksmehrheit entspricht. Aber es war vollkommen falsch, die Stellungnahme zu dem Gesetz lediglich von dessen sachlichen Inhalt abhängig zu machen, statt den allgemeinen politischen Konsequenzen, die das Ja und das Nein haben muß, bestimmenden Einfluß zu geben. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die von der preussischen Landtagsfraktion verlangt wurde, hätte die Bildung der republikanischen Front, die in Preußen besteht, auch im Reich ermöglichlicht, sie hätte die Deutschnationalen in eine hoffnungslose Opposition gedrängt und ihren Wunsch nach Wiederbeteiligung an der Macht für absehbar Zeit beseitigt. Die Sozialdemokratie hat gestern den Fehler wiederholt, den sie beging, als sie die Teilnahme an der großen Koalition unter Leitung des demokratischen Führers noch ablehnte.

In der Frage der Fürstenabfindung hat diese Partei des Reichstages eine besonders unglückliche Hand gehabt und im Effekt die von ihr befehlte Sache untergraben. In der Frage des Volkenscheids hat sie eine so verfehlte Taktik gezeigten, daß trotz der Empörung breiterer Schichten über die maßlosen Forderungen der Fürsten ein Erfolg ausgeschlossen war. Jetzt hat sie bei der parlamentarischen Behandlung der Fürstenfrage den Deutschnationalen eine goldene Brücke gebaut. Sollen etwa die Hohenzollern und die übrigen ehemaligen Fürsten die lachenden Dritten sein? ... Die Besprechungen zwischen den Parteien dauern noch an. Die Plenarsitzung wurde um zwei Stunden verschoben, weil die Regierung vor ihrer Entscheidung sich mit den Parteiführern verständigen will.

### Völlig unklare Lage im Reichstag.

#### Das Kabinett in Permanenz.

##### Fraktionsberatungen und Parteiführerbesprechungen.

P. H. Der Reichstag ist voller Spannungen und Erwartungen. Die Fraktionen haben zum Teil Sitzungen anberaumt. Die Deutschnationalen um 10 Uhr, die demokratische Reichstagsfraktion um 11 Uhr, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Bayerische Volkspartei um 12 und 12 1/2 Uhr. Dazwischen tagte der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien. Ohne Ergebnis. Vorerst sollen die Fraktionen sprechen. Dann will man wieder zusammentreten und sehen, was zu tun ist. Auch das Reichskabinett tagte vormittags ununterbrochen. Nur kleine Pausen werden eingeschoben, um den Mitgliedern des Kabinetts Gelegenheit zu geben, mit den Führern ihrer Fraktionen Führung zu nehmen. Der Reichstagspräsident vertagte mit Rücksicht auf die Fraktionsführungen und die Parteiführerbesprechungen den Beginn der Sitzung, der auf 1 Uhr festgesetzt war, um zwei Stunden auf drei Uhr. Noch kann aber niemand sagen, ob um diese Stunde die Plenarsitzung beginnen kann. Gerüchte über Gerüchte gehen durch das Haus. Aus allen Ämtern die Frage: Was wird geschehen? Wird die Reichsregierung den Gesetzentwurf zur Fürstenabfindung vor der dritten Lesung zurückziehen? Wird das Kabinett seinen Rücktritt erklären? Steht eine Reichstagsauflösung im Bereich der Möglichkeit? Alle diese Fragen werden aufgeworfen, ohne daß sie zur Mittagsstunde von irgend jemandem in positivem oder negativem Sinne beantwortet werden können.

Der Fraktionsvorstand des Zentrums trat um 10 Uhr zusammen, daran schloß sich eine Fraktionsführung. Man spricht viel in den Wandelgängen von der Auslassung der „Germania“, daß das Zentrum vor einer neuen Situation stehe, aus der sie die Konsequenzen ziehen werde.

Das Ereignis des Tages bestand außerhalb der Fürstenabfindungsfrage in dem Beschluß des handelspolitischen Ausschusses über die Aenderung der Zollfrage und den deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Während es gestern kaum noch möglich schien, eine Verständigung auch nur innerhalb der Regierungsparteien herbeizuführen, hat sich heute früh unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Ablehnungsbeschlusses zum Fürstenabfindungsgesetz auf handelspolitischem Gebiet das Bild völlig verändert. Der handelspolitische Ausschuß schloß seine Besprechungen um 12 Uhr mittags, mit der Annahme des Gesetzes zur Aenderung der Zollfrage und des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Für die Annahme hatte sich eine einheitliche Front von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten gebildet. Gegen das Gesetz und den Handelsvertrag stimmten nur die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Völkischen. In sozialdemokratischen Kreisen verläutet, daß man gegen die dritte Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die für die zweite Sitzung heute noch vorgesehen ist, Widerspruch erheben würde, so daß die dritte Lesung erst am Anfang nächster Woche vorgenommen werden könnte. Die Stimmung bei den Sozialdemokraten ist durch die Vorgänge im handelspolitischen Ausschuß sehr verärgert worden. Man erblickt in der Annahme des deutsch-schwedischen Handelsvertrages und des Zollgesetzes die Anfänge einer Bürgerblockbildung. Allerdings muß man dazu sagen, daß die Sozialdemokraten diese Folgerungen hätten voraussehen können und müssen. Tatsache ist, daß durch den Beschluß der Sozialdemokraten am gestrigen Abend über Nacht der rechte Flügel im Zentrum Oberhand gewonnen hat.

Die demokratische Reichstagsfraktion beendete ihre Fraktionsführung um 1 Uhr mittags. In ihr kam sehr stark der Unwille

über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Fürstenabfindungsfrage zum Ausdruck. Den Führern der demokratischen Reichstagsfraktion wurde für die weiteren Besprechungen der Regierungsparteienveteren freie Hand gelassen. Es kam jedoch zum Ausdruck, daß es nun vielleicht doch am zweckmäßigsten sein könnte, wenn eine Vertagung der ganzen Fürstenabfindungsfrage erreicht würde. Ob das möglich ist, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden. Die demokratische Reichstagsfraktion wird vermutlich im Laufe des Nachmittags oder Abends zu einer erneuten Fraktionsführung zusammentreten.

Ueber ihre Sitzung hat die demokratische Reichstagsfraktion ein offizielles Communiqué ausgegeben, das ungefähr lautet: „Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Gesetz über die Fürstenabfindung hat in den Kreisen der demokratischen Fraktion große Verstimmung hervorgerufen. Die sozialdemokratische Partei hat nicht eingesehen, trotzdem ihrem Vorhaben von der Regierung vorher schriftlich mitgeteilt worden war, daß die Reichsregierung auf Auflösung des Reichstages bestehen würde, wenn das Zustandekommen der Kompromißvorlage an den Deutschnationalen scheitern sollte. Nachdem die Sozialdemokraten dennoch zu ihrer Ablehnung gelangt, glaubt die demokratische Fraktion nicht, daß die Mittelparteien, die sich aufs Beste um das Zustandekommen der Vorlage bemüht haben, die Aufhebung betreiben und sich bereit finden sollen, einen Wahlkampf gegen die zwei verantwortungslosen Fronten, rechts und links, zu führen.“

Um 1/2 12 Uhr haben sich dann die Führer der Regierungsparteien mit dem Reichskabinett zu einer Sitzung vereinigt, um über die Lage zu verhandeln. Diese Besprechung dauert im Augenblick noch an. Danach wird dann das Kabinett gesondert zu einer Sitzung zusammentreten, um endgültig Beschluß zu fassen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat feinerlei bestimmte Beschlüsse gefaßt. Sie hat aber in einem Communiqué erklärt, daß sich ihre Haltung gegenüber dem Fürstenabfindungsgesetz nicht geändert habe. Die Fraktion werde im übrigen den ganzen Tag über präsent bleiben.

Aus volksparteilichen Kreisen verläutet: die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hält einen Rücktritt des Kabinetts nicht für wahrscheinlich, obwohl die Zentrumskfraktion sich stark dafür eingesetzt habe. In der offiziellen Auslassung der Deutschen Volkspartei heißt es dann, man hoffe, daß das Zentrum sich mit einer Vertagung der Fürstenabfindungsvorlage bis zum Herbst abfinden werde. In der Zwischenzeit werde es vielleicht möglich sein, im Breuen zu einem Vergleich zwischen den beiden Parteien zu kommen, d. h. zwischen dem Lande und den Hohenzollern. In der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde beschlossen, sich den Vorschlägen der Regierungsparteien — die allerdings zur Stunde noch nicht vorliegen — anzuschließen. Dem Zollgesetz und dem schwedischen Handelsvertrag will die Wirtschaftliche Vereinigung nach dem Abschluß des handelspolitischen Ausschusses zustimmen. In der Zentrumskfraktion wurde erwoogen, ob eine Vertagung der dritten Lesung des Fürstenabfindungsgesetzes möglich sein würde. Weitere Beschlüsse wurden bis zur zweiten Mittagsstunde nicht gefaßt.

Die Zentrumskfraktion des Reichstages beschloß, dahin zu wirken, daß heute die Abstimmung über das Fürstengesetz stattfindet und keine Zurückziehung des Gesetzes erfolgt. Ob das Zentrum sonst irgendwelche Konsequenzen heute aus der Lage ziehen wird, steht noch nicht fest. Das Zentrum hat beschlossen, in dieser Frage erst einmal das Ergebnis der Parteiführerbesprechung abzuwarten.

Ueber zwei Pläne wird augenblicklich am intensivsten verhandelt. Entweder will die Regierung dem Reichstag Vertagung vor der dritten Lesung vorschlagen, um die Ablehnung des Gesetzes im Augenblick zu verhüten und eine günstigere Stunde im Herbst abzuwarten, wobei selbstverständlich eine Verlängerung des Sperrgesetzes Voraussetzung ist, oder aber, wenn das Gesetz heute abgelehnt wird, könnte ein neues Gesetz etwa auf der Grundlage des demokratischen Antrages — Verweisung an die Länder — wieder eingebracht werden. Daneben tauchen neue Vorschläge auf. Noch ist es sehr zweifelhaft, ob man zu einer Verständigung bis zur Eröffnung der Plenarsitzung gelangen wird. Wärd die republikanischen Parteien wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Fürstenfrage in einer die Lebensinteressen der Republik nicht verletzenden Weise gelöst, daß aber über der Lösung dieser Einzelfrage nicht das wichtigste Gebot der Stunde vergessen wird: die republikanischen Parteien nicht weiter voneinander zu entfernen, sondern eine Verbindung in der

Koalition vorzubereiten, die der Republik eine dauernde Regierung geben kann.

#### Der ablehnende Beschluß der Sozialdemokratie

Den von uns in einem großen Teil unserer heutigen Morgenausgabe bekanntgegebenen Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, gegen das Fürstengesetz mitzstimmen, teilt der „Vorwärts“ in folgender Form mit:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestern Abend nach der Plenarsitzung abgehaltenen

#### Der Franc weiter im Sinken.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 2. Juli.

Vorbörsliche Devisenkurse um 11 Uhr 40 Minuten: Das Pfund 181,50, der Dollar 37,32.